



Streit um Malwinen	
Argentinien	1
CFKs Medienschelke	
Argentinien	2
Reutemann	
„ante portas?“	
Meinung	3
Kleine feine Reiseziele	
Ausflüge & Reisen	5
Neue Kreditpolitik?	
Wirtschaftsübersicht	9
Rubriken	
Personalnachrichten	3
Wirtschaft	6-9

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 20. Februar 2010

120. Jahrgang Nr. 31.759

Cobos im Fokus der Kritik Streit mit Carrió / Oppositionsbündnis gefährdet

Buenos Aires (AT/mc) – Julio Cobos hat sich zu einer Reizfigur in der argentinischen Politik entwickelt: Einerseits bekleidet er immer noch das Amt des Vizepräsidenten und ist somit formal der zweitwichtigste Repräsentant des offiziellen Argentinens. Andererseits betreibt er eine Art Oppositionspolitik und hat zudem Ambitionen, bei den Wahlen im kommenden Jahr als Präsidentschaftskandidat ins Rennen zu gehen. Eine solche Doppelrolle bringt es natürlich mit sich, dass man angefeindet wird. Zuletzt lieferte sich Cobos einen deftigen Schlagabtausch mit Elisa Carrió, der Chefin der Bürgerlichen Koalition (Coalición Cívica, CC). Sie ist eine mögliche Konkurrentin im Kampf um die Kandidatur fürs höchste Staatsamt. Aber auch mit anderen politischen Kräften steht Cobos über Kreuz.

Jüngster Anlass war ein Treffen des Vizepräsidenten mit den Spitzen der Radikalen Bürger Union (UCR) in San Nicolás (Provinz Buenos Aires). Deren Unterstützung braucht Cobos für seine Kandidatur. Der Mann aus Mendoza war 2007 aus den Reihen der Radikalen ausgeschlossen worden, als er gemeinsam mit Cristina Kirchner kandidierte. Doch in den letzten Monaten gab es eine Wiederannäherung. Diese war aber zuletzt getrübt, da sich Cobos im Vermittlungsausschuss des Kongresses mit dem Regierungslager für die Amtsenthebung des Zentralbankchefs Martín Redrado aussprach (wir berichteten).

Nach der Veranstaltung in San Nicolás, das den Schulterchluss zwischen Cobos und den Radikalen erneuern sollte, gab es nun Kritik von völlig verschiedenen Seiten: Aus dem Regierungslager war zu vernehmen, dass UCR und Cobos eine „Quasi-Putschsituation“ geschaffen hätten, wie Kabinettschef Anibal Fernández meinte. Und Innenminis-



Politische Kontrahenten: Elisa Carrió und Julio Cobos.

ter Florencio Randazzo sagte, es sei „eine Schande“, dass eine Oppositionspartei einem Vizepräsidenten Anweisungen gebe. Dieser sei eigentlich gewählt worden, um die Regierung zu unterstützen. Einmal mehr forderten führende peronistische Politiker wie die Kongressfraktionschefs Miguel Pichetto (Senat) und Agustín Rossi (Deputiertenkammer) den Rücktritt Cobos'. Dieser hatte sich bei seinem Auftritt vor der UCR-Führung auch gegen die von der Regierung gewünschte Verwendung der Zentralbankreserven für den Schuldendienst ausgesprochen.

Schwerer wiegt wohl aber, dass durch Cobos und seine Rede in San Nicolás, bei der er Elisa Carrió als „Opportunistin und Spekulantin“ bezeichnete, das Oppositionsbündnis (Bürgerlich-Soziales Bündnis, Acuerdo Cívico y Social) zwischen der Carrió-Partei (CC) und den Radikalen in ersthafte Gefahr geraten ist. Denn auch „Lilita“, wie die Politikerin aus dem Chaco genannt wird, will für die Präsidentschaft kandidieren und betrachtet Cobos als Hauptkonkurrenten im eigenen politischen Lager. Sie machte klar, dass es für sie und den Politiker aus Mendoza keinen gemeinsamen politischen Raum gebe. Sollte sich die UCR dazu entschließen, Cobos als Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen, würde die CC in Opposition dazu treten. Gerardo Morales (UCR), Senator aus Jujuy und Chef der Radikalen-Fraktion im Senat, versuchte die Wogen etwas zu glätten: Das Bürgerlich-Soziale Bündnis brauche sowohl Cobos wie Carrió. Doch das ist Wunschdenken. Denn auch den Vorschlag von Morales, dass Cobos und Carrió in einer internen Wahl gegeneinander um die Kandidatur kämpfen, lehnte die CC ab und drohte mit Auflösung des Zusammenschlusses.

Wieder Streit um Malwinen

**Auflagen verschärft für Schiffe,
die die Insel ansteuern**

Buenos Aires (AT/dpa/mc) - Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat per Dekret Auflagen für Schiffe erhöht, die Kurs auf die Malwinen-Inseln nehmen. Danach müssen Schiffe, die vom argentinischen Festland zu den Malwinen-Inseln wollen oder dazu Hoheitsgewässer des Landes durchqueren, künftig zuvor bei argentinischen Behörden



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

eine Genehmigung einholen. Ein entsprechendes Dekret wurde am Dienstag erlassen. Hintergrund ist ein sich verschärfender Streit zwischen Argentinien und Großbritannien. Dabei geht es um die von britischer Seite forcierte Suche nach Öl rund um die Inseln, die von Argentinien vehement abgelehnt wird.

Buenos Aires betonte, die verschärften Auflagen für den Schiffsverkehr dienten der "Verteidigung der Interessen der Argentinier". Bereits Anfang Februar hatte Argentinien den Geschäftsträger der britischen Botschaft ins Außenministerium in Buenos Aires einbestellt und dabei nach Regierungsangaben "auf das Energischste gegen den unmittelbar bevorstehenden Beginn der Ölsuche nördlich von den Malwinen pro-

testiert".

Nun will die Kirchner-Regierung das Thema auch vor die Vereinten Nationen (UNO) tragen. Am kommenden Mittwoch wird sich Außenminister Jorge Taiana mit UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon treffen, um die argentinische Position darzulegen. Großbritannien solle sich an die UN-Resolutionen halten. Diese sehen vor, dass beide Länder Fragen, die die Malwinen betreffen, auf diplomatischem Wege verhandeln. Gegenwärtig würden die Briten hingegen "unilateral und illegitim" agieren, beklagte Vize-Außenminister Victorio Taccetti. London sieht das natürlich anders. So sagte Premier Gordon Brown, die Briten hätten in jedem Falle das Recht, die Erdölsuche voranzutreiben.

Cristinas neue Medienscheitel Präsidentin weist Vorwürfe der Günstlingswirtschaft zurück

Buenos Aires (AT/mc) – Die Fehde zwischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner und den argentinischen Tageszeitungen "Clarín" und "La Nación" ist in eine neue Runde gegangen. "Hysterie" und "Paranoia" warf die höchste Frau im Staate bei einer Einweihungsveranstaltung im Nationalpark "Los Glaciales" den erwähnten Medien vor.

Hintergrund der erneuten Verbalattacke von "CFK" ist zum einen die Berichterstattung im Zusammenhang mit dem geplanten Staudamm-Großprojekt am südpatagonischen Santa Cruz-Fluss, das mit einem Investitionsvolumen von 15,4 Milliarden Pesos das wichtigste Vorhaben seit Machtantritt der Kirchner im Jahre 2003 ist. Der "Clarín" hatte geschrieben, dass die beiden Unternehmensgruppen, die sich am meisten Hoffnungen auf den Zuschlag für die Staudamm-Arbeiten machen dürfen, eng mit der Regierung verbunden seien. Es geht dabei namentlich um die Firmenzusammenschlüsse von Pescarmona, Camargo Correa (Brasilien) und Eurneki-

an einerseits sowie von Electroingeniería, Cartellone und Lecca andererseits (siehe auch Wirtschaftsteil). "Es gibt keine Bevorzugung für niemanden", verteidigte sich Cristina, die den Medien vorwarf, Nachrichten mit dem Ziel der Diffamierung zu erfinden. Die erwähnten Firmen seien keine "Freunde der Regierung".

Auch die politische Opposition bekam ihr Fett weg: "Sie haben keine alternativen Ideen zu den Sachen, die die Regierung vorschlägt. Und sollten sie doch welche haben, können sie sie mitunter nicht öffentlich verbreiten, weil niemand sie mehr wählen würde." Besonders verärgert dürfte Cristina derzeit auf die von Elisa Carrió gegründete "Bewegung für eine egalitäre Republik" (ARI) sein. Deren Vorsitzende in der Provinz Santa Cruz, Mariana Zuvic, unterstellte dabei dem Unternehmer und Kirchner-Freund Lázaro Báez, Grundstücke am Santa Cruz-Fluss gekauft zu haben, die im Zuge des Staudammbaus überschwemmt würden. Báez würde dafür saftige

Entschädigungsgelder kassieren können. Der Beschuldigte räumte zwar ein, vor vier Jahren diese Flächen erworben zu haben. Jedoch habe er nicht gewusst, dass dort ein Wasserkraftwerk entstehen soll.

Die Zeitung "La Nación" griff Cristina deswegen an, da das Blatt ihre Schilderungen über ihre eigene, einmonatige Inhaftierung im Januar 1976 in Río Gallegos in Frage stellte. Die peronistische Präsidentin hatte von dem Vorfall, der sich nach ihrer Darstellung somit noch unter der Herrschaft der Peronistin Isabel Perón (also vor Machtübernahme durch die Militärs) ereignet hätte, in einem TV-Interview berichtet. "La Nación" druckte daraufhin Berichte von Personen ab, die der Darstellung Cristinas widersprachen. "Ich werde mich darüber nicht aufregen, dass die Zeitung infrage stellt, dass ich einige Tage festgenommen worden war. Das ist nur eine Kleinigkeit für ein Medium, das die 30.000 Vermissten während der Militärdiktatur bestritten hat", giftete "CFK".

WOCHENÜBERSICHT

Kämpfer für Pressefreiheit

Trauer um Eduardo Kimel: Vor wenigen Tagen starb der politische Journalist im Alter von 57 Jahren an einer langjährigen Krankheit. Kimel, der in den letzten Jahren als Chefredakteur des spanischsprachigen Dienstes der Deutschen Presse Agentur fungierte, wurde vor allem bekannt durch sein Buch "Das Massaker von San Patricio". Darin arbeitet er die Ermordung von drei Pallottiner-Priestern sowie zweier Seminaristen durch eine Schlägertruppe während der Militärherrschaft im Jahre 1976 auf. Dabei kommt Kimel zu dem Schluss, dass die Befehle zu dieser Tat aus dem Zentrum der Diktatur kamen, und dass deswegen eine ausreichende juristische Aufarbeitung unterblieben sei. Nachdem sein Buch 1989 erschienen war, kam es zu einer langjährigen juristischen Auseinandersetzung, die der von Kimels Recherchen belastete Richter Guillermo Rivarola angestrengt hatte. Dabei wurde der Journalist zunächst wegen Verleumdung zu einer einjährigen Bewährungsstrafe sowie Zahlung von 20.000 Pesos verurteilt. Es ging dann über Jahre hin und her, ehe Kimel 2008 schließlich freigesprochen wurde. Zudem wurde im darauffolgenden Jahr der Straftatbestand der Verleumdung in Fällen von öffentlichem Interesse abgeschafft. Ein Erfolg für die Pressefreiheit, der Kimels Durchhaltevermögen zu verdanken ist. Das argentinische Sekretariat für Menschenrechte würdigte den Verstorbenen als "inbrünstigen Verteidiger der freien Meinungsäußerung".

Juristische Option

Die Regierung muss derzeit fürchten, in beiden Kammern des Kon-

gresses keine Mehrheit für ihre Notverordnung zur Verwendung der Zentralbankreserven zum Schuldendienst zu finden (wir berichteten). Vor diesem Hintergrund geht sie nun parallel auch einen juristischen Weg, um noch vor den Abstimmungen Anfang März die Gelder freizusetzen. Dabei kommt der Regierung entgegen, dass das zuständige Kammergericht für strittige Verwaltungsangelegenheit nach der Sommerpause nun wieder mit den etatmäßigen Richtern besetzt ist. Und diese, so fürchtet die Opposition, sind regierungsnah. Dieselbe juristische Kammer hatte Anfang Januar die umstrittene Notverordnung der Präsidentin per einstweiliger Verfügung ausgesetzt. Doch dies hatten Richter veranlasst, die nur vertretungshalber im Amt waren. Die Regierung hat nun Beschwerde gegen die Aussetzung der Notverordnung eingelegt und beantragt, dass sich der Oberste Gerichtshof mit der Angelegenheit befasse. Das Zeitfenster ist aber klein. Es bleibt nur noch die kommende Woche. Danach tagt dann schon der Kongress.

Neue Sekundarschule

Mit dem Ziel, die Lernbedingungen an der Sekundarschule nachhaltig zu verbessern, präsentierte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner am Mittwoch ein 2,1 Milliarden Pesos teures Reformpaket. Vorgesehen sind nicht nur Investitionen in Infrastruktur und Lernmaterialien, sondern auch eine Neugestaltung bzw. Gewichtung der Lehrinhalte. So soll in allen Klassenstufen der Unterricht in Spanisch, Mathematik und Fremdsprachen ausgeweitet werden. Außerdem ist geplant, die Schüler durch Praktika und Sozialarbeit, besser auf das

Berufsleben vorzubereiten. Sexuaufklärung und Drogenprävention sind weitere Aspekte der Neuerungen. Der Bachiller soll als Abschluss wieder eingeführt werden. Cristina hob zudem hervor, dass die Schulen mit insgesamt 250.000 Laptops ausgestattet werden. Zudem ist Ziel, dass zukünftig mehr Schüler die Sekundarstufe durchlaufen. Derzeit besuchen 900.000 Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren keine weiterführende Schule.

Sekretär tritt zurück

Um fast 5.000 Prozent wuchs das Vermögen von Julio Daniel Alvarez an, seit er 2003 in den Dienst des Präsidenten-Ehepaars Kirchner trat: Nun sah sich der Sekretär von Präsidentin Cristina Kirchner angesichts des gegen ihn eingeleiteten Gerichtsverfahrens wegen unzulässiger Bereicherung zum Rücktritt gezwungen. In einer kurzen öffentlichen Bekanntmachung informierte die Regierung darüber, Alvarez' Gesuch angenommen zu haben. Dieser ist bereits der zweite Sekretär der Präsidentin, der nach Vorwürfen, in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben, seinen Sessel räumte. Am 4. Februar hatte Fabián Gutiérrez diesen Schritt unternommen. Gegen zwei weitere Sekretäre, Isidro Bounine und Héctor Daniel Muñoz, laufen ebenfalls Verfahren wegen Bereicherung.

(AT/mc)

Reform des Richterrates

Buenos Aires (AT/mc) - Eine Reform des Richterrates (Magistratura) hat sich der neu zusammengesetzte Justizausschuss der Deputiertenkammer zum Ziel gesetzt. Bei seiner konstituierenden Sitzung fasste das mehrheitlich von Oppositionspolitikern besetzte Gremium (17:14) den Entschluss, den Richterrat, der für die Ein- und Absetzung von Richtern zuständig ist, in folgenden Punkten zu verändern: Erstens soll der Vorsitz wieder vom Obersten Gerichtshof bestellt werden (und nicht mehr von der Regierung). Zweitens ist eine Beschränkung des Vetorechtes vorgesehen, entweder durch Aufstockung des Gremiums (zurück von 13 auf 20 Mitglieder) oder Einführung einer Proporz-Hürde (Zweidrittelmehrheit). Außerdem sollen die Zeiten, die Richter vertretungshalber im Amt sind, mit klaren Fristen geregelt werden. Die Amtsvertreter sollen so nicht mehr über Jahre hinweg amtieren.

Unter dem Strich geht es der Opposition bei ihrem Vorhaben darum, den Einfluss der Kirchners zurückzudrängen und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Bislang konnte sich die Regierung mithilfe des Vetos auch vor unliebsamen Verfahren schützen. „Ich möchte alle Ideen zusammenbringen. Aber zentrale Anliegen sind, dass der Oberste Gerichtshof wieder in den Richterrat zurückkehrt und das Kirchner-Veto beendet wird“, fasste UCR-Politiker Ricardo Gil Lavedra, der neue Vorsitzende des Justizausschusses, zusammen. Beifall für das Vorhaben gab es von der Judikative. So sprach sich Carlos Fayt, seines Zeichens dienstältester Richter am Obersten Gerichtshof, dafür aus, die Reformen „dringend“ in Angriff zu nehmen. Der Richterrat in seiner gegenwärtigen Form habe nicht gut funktioniert, so der erfahrene Jurist.

TABELLEN

Fußball

Argentinien, Primera División

5. Spieltag: Chacarita Juniors - Colón de Santa Fe 1:2, Veléz Sarsfield - Independiente 3:0, Tigre - Gimnasia y Esgrima La Plata 1:1, Newell's Old Boys de Rosario - Lanús 1:1, Racing Club - San Lorenzo 1:0, Banfield - Rosario Central 0:0, River Plate - Arsenal 1:1, Atlético Tucumán - Argentinos Juniors 1:1, Godoy Cruz de Mendoza - Boca Juniors 1:1.

Tabelle: 1. Veléz Sarsfield 11 (Punkte), 9:2 (Tore); 2. Colón de Santa Fe 11, 8:5; 3. Godoy Cruz de Mendoza 9, 3:1; 4. Tigre 8, 6:5; 5. Independiente 8, 6:6; 6. Banfield 7, 4:2; 7. Chacarita Juniors 7, 8:7; 8. Gimnasia y Esgrima La Plata 7, 6:5; 9. Estudiantes 6, 8:6; 10. Boca Juniors 6, 8:8; 11. Racing Club 6, 7:7; 12. Argentinos Juniors 5, 9:6; 13. Newell's Old Boys de Rosario 5, 6:5; 14. Huracán 5, 4:4; 15. River Plate 5, 4:5; 16. San Lorenzo 4, 1:4; 17. Lanús 4, 8:14; 18. Arsenal 4, 5:11; 19. Tucumán 3, 2:5; 20. Rosario Central 3, 1:5.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

María Gabriela Dirienzo Quiroga, 37, am 18.02.; **Susanne Meierhold geb. Pietschmann**, 66, am 15.02.; **Kurt Szczipanski**, 67, am 14.02.

Reutemann „ante portas“?

Der ansonsten schweigsame Senator Carlos „Lole“ Reutemann liebt es offenbar, gelegentlich mit scharfer Dialektik an die Öffentlichkeit zu treten, womit sogleich die Legende aufgefrischt wird, dass er sich zum Kandidaten für die Präsidentschaft vorstellt. Bisher hat der Politiker der Provinz Santa Fe, dies bestritten. Nur einmal sagte er vor mehreren Monaten, dass ihn der Posten dieses Mal interessieren könnte, womit er durchblicken ließ, dass er das Angebot des damaligen Präsidenten Eduardo Duhalde 2003 abgelehnt habe, sodass der Weg frei wurde für Néstor Kirchner als Gegner des Expräsidenten Carlos Saúl Menem.

Reutemann weigert sich rundweg, auf den Vorschlag einer Kandidatur formell zu reagieren, lehnt sie aber keinesfalls ab. Es geht bei ihm um den Zeitpunkt. Als landesweit bestens bekannter Politiker braucht sich Reutemann nicht zu profilieren wie andere Anwärter. Dieses politische Kapital setzt er ein, wenn er auf Fragen über seine mögliche Kandidatur nicht antwortet und gelegentlich besonders brüsk reagiert. Er lässt sich Zeit. Offenbar weiß er, dass mit einer formellen Kandidatur-Ankündigung, ein politisches Kesseltreiben gegen ihn losgehen wird. Diese heiße Periode eines Wahlkampfs soll offenbar laut Reutemann so kurz wie möglich gehalten werden, auch wenn damit die Neugier in politischen Kreisen dauernd zunimmt und nicht befriedigt wird.

Der Kirchner-treue CGT-Boss Hugo Moyano forderte unlängst Reu-

temann mit spitzen Erklärungen heraus, indem er seine Kandidatur in Abrede stellte und im Gegenteil ihn als einen Kandidaten der von Moyano als konservativ verpönten „Sociedad Rural Argentina“, dem Spitzenverband der Landwirte, in peronistischer Sicht mausetot machen wollte. Reutemann reagierte mit einer besonders scharfer Formulierung: Die Argentinier könnten sich zufrieden geben, wenn nach dem Abgang weder das Regierungsgebäude noch die Plaza de Mayo geklaut werde. Der Satz wurde von Politikern auf die Kirchners bezogen, die ihre Sprecher bewogen, Reutemann scharf zu attackieren. Erst danach klärte der Senator auf, dass er keinesfalls die Kirchners, sondern nur Moyano gemeint habe, dem er mit seiner Umschreibung Korruption unterstellte. Den damals frischoperierten Expräsidenten Néstor Kirchner würde er nicht belästigen.

Mit Felipe Solá, Exgouverneur von Buenos Aires und derzeit führender justizialistischer Dissident in der nationalen Deputiertenkammer, unterhält Reutemann Kontakt wie auch mit anderen Politikern, was durchaus normal ist. Indessen forderte Solá den Senator heraus, denn falls Reutemann seine Kandidatur bis Juni nicht anmeldete, würde er (Solá) kandidieren. Reutemann ließ sich das nicht gefallen, dass ihm ein Zeitpunkt für seine Kandidatur vorgeschrieben wird und antwortete gelassen, Solá mögen seine Kandidatur anmelden, das sei ihm egal.

Reutemann wurde als international bekannter Formel 1-Fahrer in

den neunziger Jahren von Präsident Menem überzeugt, eine politische Laufbahn einzuschlagen. In der Folge bekleidete Reutemann zwei Mal das Amt des Gouverneurs der Provinz Santa Fe. Da die Verfassung der Provinz die direkte Wiederwahl nicht zulässt, saß der Politiker zwischen den Amtszeiten für seine Heimatprovinz im nationalen Senat. Das Amt des Senators, im September wurde er wiedergewählt, übte er auch heute aus.

Reutemanns Wähler hatten seine Laufbahn als Rennfahrer nicht vergessen. In Argentinien sind die Sportarten Fußball, Rennfahren und Boxen besonders volkstümlich, anders als Rugby, Polo, Schwimmen und Tennis. Kürzlich erklärte der Senator, dass er für 2011 nicht das Gouverneursamt anstrebe, so dass hierfür der Weg frei wurde für seinen zweimaligen Nachfolger Jorge Obeid. Das Senatoramt steht 2011 nicht zur Wahl aus, so dass für Reutemann nach der Absage an das Gouverneursamt nur die Kandidatur für die Präsidentschaft verbleibt, die ihm als volkstümlichem Politiker mit guten Imagewerten in Umfragen andauernd unterstellt wird. Alle Spitzenpolitiker, gleich in wel-

cher Partei, möchten so früh wie möglich wissen, ob Reutemann Kandidat ist, zudem in der Justizialistischen Partei, der er angehört, und nicht als Dissident. Das wahlpolitische Panorama ist mit oder ohne Reutemann verschieden. Ob Reutemann als Kandidat „ante portas“ steht oder verzichtet, bewegt die argentinische Politik besonders stark. Reutemann dürfte das wissen, lässt aber alle über seine Absichten im Dunkeln bis zum Tag, wo er sich öffentlich entscheidet, entweder zu kandidieren oder darauf zu verzichten und sich mit dem sechsjährigen Wahlamt als Senator zu begnügen.

Als Landwirt einer kleinen Sojaplantage ist Reutemann über die Agrarpolitik der Kirchners entrüstet, ebenso wie er die Korruption brandmarkt, die ihm als Gouverneur nie unterstellt wurde, als er zudem auf sein Gehalt verzichtete. Ansonsten ist nicht bekannt, wie Reutemann zu den wichtigsten Fragen der argentinischen Politik steht. Als Kandidat müsste er freilich dazu Stellung nehmen. Vorerst wartet er ab und genießt die Ruhe, die er sich mit seiner Taktik des Hinausschiebens erkaufte.

Liberaler Kälte

Von Stefan Kuhn

Guido Westerwelle hat Recht, aber richtig liegt er mit seinen Äußerungen zum deutschen Sozialstaat deshalb noch lange nicht. Die „spät-römische Dekadenz“ oder dass Alles, was nicht den sozialpolitischen Vorstellungen des FDP-Chefs entspricht, „sozialistisch“ ist, ist jenseits aller vernünftigen politischen Polemik.

Die Debatte ist fast so alt wie die Sozialgesetzgebung. Vor allem in den 1970er- und 80er-Jahren hatte sie ihre Blütezeit. „Missbrauch von Sozialleistungen“ ist auch heute noch ein Schlagwort. Es hat damals nicht gegriffen und wird heute noch weniger greifen. Heute sind die Sozialleistungen des Staates niedriger, und von Arbeitslosigkeit sind nicht mehr nur Hilfskräfte, Arbeiter und Facharbeiter betroffen, sondern auch Akademiker. Man blickt nicht mehr entrüstet auf jemanden, der nicht arbeitet und von Arbeitslosengeld II (im Volksmund Hartz IV genannt) lebt. Es kann einen selbst erwischen. Gut leben kann man von der staatlichen Stütze jedenfalls nicht. In einer OECD-Studie liegt Deutschland mit seinen Sozialleistungen knapp über dem Durchschnitt von 29 untersuchten Industrieländern.

Westerwelle hat nicht, wie ihm einige Wohlmeinende zugute halten, eine wichtige Debatte angestoßen, sondern alle Kamellen aus der Schublade geholt. Die OECD-Studie gibt ihm allerdings auch Recht. Sie stellt nämlich fest, dass es in Deutschland an Anreizen fehlt, sich wieder ins Berufsleben einzugliedern. Das liegt allerdings weniger an den üppigen Hartz IV-Bezügen, sondern an niedrigen Löhnen, die zudem mit Sozialabgaben und Steuern belastet sind. Westerwelles Beispiel von der alleinerziehenden Kellnerin, für die sich eine Festanstellung nicht lohnt, ist sicher Realität. Dass dies ein Missstand ist, darüber sind sich alle einig. Nur über die Behebung dieses Missstandes gehen die Meinungen weit auseinander. Manche halten Mindestlöhne für ein Rezept, andere wollen bei den Sozialabgaben ansetzen. Westerwelle dagegen

hält die Hartz IV-Sätze für zu hoch. Betrachtet man die Zunahme der Armut in Deutschland, sie ist in den letzten zehn Jahren um ein Drittel angestiegen und liegt jetzt bei 11,5 Millionen Menschen, also gut 14 Prozent der Bevölkerung, ist das kaum haltbar.

Was Westerwelle mit seiner Attacke bezweckt, ist nicht so recht nachvollziehbar. Will er Sparvorschläge zur Finanzierung seiner unfinanzierbaren Steuersenkungspläne machen? Wohl kaum, denn Sparen auf Kosten der Ärmsten kommt nicht gut an und wird mit Angela Merkel auch kaum zu machen sein. Die meisten politischen Kommentatoren gehen davon aus, dass der FDP-Chef mit seiner Radikalrhetorik die Verluste seiner Partei in den Meinungsumfragen stoppen und zumindest die Kernwählerschaft halten will. Bei den letzten Bundestagswahlen hatte man der FDP mit fast 15 Prozent schon einen Volksparteienstatus eingeräumt, in den jüngsten Umfragen hat sie inzwischen die Hälfte der Wähler verloren.

Gestoppt wurde der Abwärtstrend auch durch Westerwelles Vorstoß bisher nicht. Er drückt der Partei den Stempel sozialer Kälte auf. Aber selbst wenn sich die Liberalen bei sechs bis acht Prozent einpendeln, in einem Fünf-Parteien-System reicht das in kaum einem Bundesland für eine Regierungsmehrheit mit CDU oder CSU. In Nordrhein-Westfalen, wo im Mai Landtagswahlen stattfinden, flirtet die CDU derzeit heftig mit den Grünen.

Westerwelles Auftreten hat auch eine Personaldebatte bei den Liberalen entfacht. Es gibt Forderungen nach mehr Führungskräften in der bisherigen Ein-Mann-Partei. Das geht auch so weit, dass manche den Altliberalen Hans-Dietrich Genscher ins Spiel bringen. Der hat den Parteivorsitz abgegeben und sich auf seine Ämter als Außenminister und Vizekanzler konzentriert. Davon ist Guido Westerwelle weit entfernt.

Randglossen

Die Kandidaturenreiterei schreitet munter fort. Neuestes Kapi-tel lieferten sich Vizepräsident Julio Cobos und seine Intim-feindin in der bürgerlichen Koalition, die stets streitsüchtige Elisa Carrió, genannt Lilita. Cobos hatte sich mit der Führungsriege seiner radikalen UCR-Partei in San Nicolás zu einem Abendschmaus getroffen. Das verärgerte zunächst die Präsidentin, die ihren Stellvertreter als einen Verräter brandmarkt, weil er unter anderem als führender Oppositionskandidat gilt. Carrió ärgerte sich auch und spie Galle: Sie würde niemals mit Cobos als Kandidaten der Partei gemeinsame Sache machen, sondern in diesem Fall selber gegen ihn antreten. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte, in diesem hypothetischen Fall Expräsident Néstor Kirchner, sofern es ihm gelingt, die Kandidatur der Justizialistischen Partei in der für den 14. August 2011 anberaumten offenen Internwahl zu gewinnen. Drei Mal Kandidatengerangel und das anderthalb Jahre vor diesen Wahlen. Man mache sich auf mehr gefasst.

Die Beziehungen zwischen der Präsidentin und ihrem Stellvertreter sind dermaßen angespannt, dass Cristina unlängst auf die Chi-na-Reise verzichtete, weil sie fürchtete, Cobos würde in ihrer Abwesenheit den Kongress zu außerordentlichen Sitzungen einberufen. Ihre treue Mitarbeiterin, die Deputierte Diana Conti, die im Richterrat für die Bedrohung unliebsamer Richter sorgt, bemühte dieser Tage den Kongress mit dem ausgefallenen Projekt, damit dem Nachfolgegesetz, Spanisch „ley de acefalia“, ein Zusatz beigefügt werde, der dem Vizepräsidenten vorschreibt, in Abwesenheit des Präsidenten nur dessen Direktiven zu gehorchen. Mit einem solchen Gesetz soll die Verfassung zurechtgebogen werden, damit Cobos niemals auf die Idee kommt, eigenmächtig zu handeln, als ob er ohne die Unterschrift der Minister Dekrete erlassen könnte, was widerrechtlich wäre, so dass sich das Projekt von Conti erübrigt, für das die mehrheitliche Opposition in beiden Kammern kaum bereit wäre, die Verfassung zu brechen.

Mein Gott. Geht es nach dem Augsburger Bischof Walter Mixa, Meine Zierde seiner klerikalen Zunft, tragen die 68er an den Verfehlungen katholischer Priester wesentlich Mitschuld - nicht der Zölibat, das jahrzehntelange Schweigen und Vertuschen der Römisch-Katholischen Kirche, sondern die damals propagierte sexuelle Befreiung. Es habe, so Mixa, Forderung nach Straffreiheit für sexuelle Beziehungen mit Minderjährigen gegeben. Das ist schon richtig, aber zwischen wirren Forderungen und gesellschaftlicher Akzeptanz liegen Welten. Die Kirche hat nicht einmal Bruchteile des gesellschaftlich Akzeptierten mitgetragen. Pille - Teufelswerk, außereheliche Beziehungen - Sünde, Homosexualität - Krankheit... Dass sich Priester an Kindern vergehen, hat nichts mit sexueller Befreiung zu tun, sondern mit der Doppelmoral der Kirche.

Nicht alles, was man im Zorn macht, muss unbedingt schlecht sein. Da hat beispielsweise ein Abgeordneter der Schweizerischen Volkspartei (SVP) vorgeschlagen, das Schweizer Bankgeheimnis für deutsche Politiker, Parteien oder Gewerkschaften aufzuheben. Das wäre doch ein erster Schritt, ein Zeichen des guten Willens. Keine Schwarzgelder aus Parteispenden mehr bei Schweizer Banken. Keine geparkten Schmiergelder mehr. Vielleicht würde auch manch ein Politiker, der sich heute aus ethischen Gründen über den Ankauf der geklauten Daten-CD entrüstet, etwas kleinlauter. Manchmal, leider nur manchmal, haben sie richtig gute Vorschläge, die rechtsbürgerlichen Populisten von der SVP. Leider ist die schon ausgearbeitete Gesetzesvorlage im Schweizer Parlament nicht mehrheitsfähig. Aber was nicht ist, kann ja immer noch eine Volksbefragung werden.

AUSFLÜGE UND REISEN

Auch kleine Reiseziele lohnen

Die zentralargentinische Provinz San Luis ist nicht nur das geografische Herzstück des Landes, sondern obendrein auch der heute fortschrittlichste Gliedstaat mit einer Unzahl touristischer Attraktionen, die nur richtig genutzt sein wollen.

So der Fall der Salinas del Bebedero südwestlich der Provinzhauptstadt San Luis de la Punta de los Venados. Diese riesige Salzpflanze wird schon seit Jahrhunderten genutzt, indem hier ausgezeichnetes Tafelsalz gefördert wird. Die Salzkruste der Salinas wird zunächst zu riesigen Halden aufgeworfen, um zu trocknen, und wird anschließend verarbeitet und verpackt (Sal Dos Anclas).

Diese die Augen blendende weiße Wüste lohnt einen Besuch. Es besteht eine Initiative, den vorhandenen Salzsee in ein Kurbad zu verwandeln, ähnlich wie es etwa das Tote Meer ist. Das ist ein mittelfristiges Projekt.

Unweit von Bebedero existieren zwei Kurbäder: die Aguas del Balde, dessen Wasser aus 600 Meter Tiefe mit einer Temperatur von 43 °C an die Erdoberfläche gelangt, und die Eigenschaft hat, trinkbar zu sein. Die andere Thermalquelle ist San Gerónimo, deren 39 °C warmes Wasser aus 451 Meter Tiefe emporströmt. Das sind drei interessante, wenn auch wenig bekannte Reiseziele von San Luis.

Eisenbahnmuseum Alta Gracia

Züge haben es irgendwie, auch in der Ära der Luft- und Raumfahrt, Großen und Kleinen angetan. Angeblich sollen ja die Väter ihren Söhnen Miniaturisenbahnen schenken und installieren, um selbst spielen zu können.

Eisenbahnmuseen können deshalb von je mit gutem Besucherstrom rechnen. Deshalb wurde nun auch Alta Gracia im Süden von Córdoba ein Museo Ferroviario eingerichtet und nunmehr eröffnet.

Alta Gracia war einst ein Eisenbahnknotenpunkt von einiger Bedeutung. Mit rollendem Material sowie Ausrüstungsgegenständen wurde von der Stadtverwaltung der alten Jesuitenresidenz ein Ausstellungszentrum für Eisenbahnfreunde eröffnet. Es befindet sich in der Avenida Presidente Alfonsín Nummer 150, ist vorerst allerdings lediglich je zwei Stunden vormittags (von 10 bis 12) und zwei nachmittags (17 bis 19 Uhr) für das Publikum geöffnet. Info: 03547-426474.

Tauchen in kristallklarem Wasser

Seit den 50er Jahren waren die Gewässer rund um die Halbinsel Valdés für ihre kristallklaren Fluten bekannt. Sowohl der nördlich ge-



Salinas del Bebedero vom Flugzeug.

heute 450 Seelen zählende Siedlung ist Ausgangspunkt sowohl für die Beobachtungstouren der Wale als auch für die Tauchtätigkeit.

Um den Bestand von Fischen zu erhöhen, wurden schon vor Jahren diverse abwrackreife Schiffe vor Puerto Pirámides in den Fluten des Golfo Nuevo versenkt, um Seetieren ein Habitat zu schaffen. Die Unterwassersportler treffen deshalb eine zahlreiche Fauna an, die sie mit ihren Kameras fotografieren können. Das gemeinsame Tauchen mit Seehunden, die sich in Rudeln zu etwa dreißig herumtummeln und bis zu anderthalb Stunden unten bleiben können, ist besonders beliebt. Die putzigen und neugierigen Kerle kommen bis vor das Objektiv angeschwommen. Zu Ostern gibt es sogar eine Unterwasser-Prozession.

Zwar gibt es auf der Halbinsel selbst nur zwei Hotels, Restingas del Mar und Faro Punta Delgada, die in der mittleren Preisklasse angesiedelt sind, dafür existieren mehrere Campingplätze, und auch das Angebot von Puerto Madryn (etwa 80 Kilometer entfernt) ist reichhaltig. Telefonauskunft über 02965-453504.

legene Golfo San José als auch vor allem der südliche Golfo Nuevo erwiesen sich als wahre Taucherparadiese. Damals gab es noch keine Neopren-Anzüge, und man versuchte, sich die eisige Kälte vom Leibe zu halten, indem man mehrere Pullis und lange Unterhosen anzog, in denen sich eine wärmende Schicht bildete (Zwiebel-System, wie einst auch bei Bergsteigern).

Heute ist Buco die zweitwichtigste Aktivität von Puerto Madryn, die sich zudem, im Gegensatz auf die zeitlich beschränkte Beobachtung des Glattnwals und der Pinguine über das ganze Jahr erstreckt.

Vor allem vor Puerto Pirámides ist die Tauchtätigkeit intensiv. Die heute 450 Seelen zählende Siedlung ist Ausgangspunkt sowohl für die Beobachtungstouren der Wale als auch für die Tauchtätigkeit.

Um den Bestand von Fischen zu erhöhen, wurden schon vor Jahren diverse abwrackreife Schiffe vor Puerto Pirámides in den Fluten des Golfo Nuevo versenkt, um Seetieren ein Habitat zu schaffen.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

arola

RENOVADOR
GAMUZA y NOBUCK
ROJO TINTO

Solbril S.A.
M.M. Garcia 1417 (1643) Beccar
arola@solbril.com TEL 4723-2357/62

Viedma - Bariloche im Fluge

Seit geraumer Zeit wird Bariloche mit Viedma durch den Touristenzug verbunden, der die nordpa-tagonische Ebene durchquert und den Reisenden einen interessanten Einblick in diese wilde Landschaft vermittelt.

Der Dienst wird vor allem auch von Ausländern genutzt, die zuerst die Peninsula Valdés besucht haben und von hier zu den andinen Seen fahren. Nun hat eine kleine, private Gesellschaft einen Flugdienst auf dieser Strecke eingerichtet. In drei Stunden Flugzeit werden die beiden Städte mit Turboprop-Maschinen verbunden, die montags und freitags verkehren, einmal mit Zwischenlandung in Ingeniero Jacobacci. Info und Reservierungen: 02944-15-681-944.

Marlú



Alte Dampflokomotive in Alta Gracia.

LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

Der argentinische Staatssekretär für Industrie, Eduardo Bianchi, und der brasilianische Außenhandelssekretär Walter Barral, haben vereinbart, dass die ZB-Bankpräsidenten beider Länder zusammenkommen, um die Überwindung von Hindernissen bei der gegenseitigen Finanzierung zu erreichen. Es handelt sich um Kredite der brasilianischen BNDES und der Banco do Brasil auf der einen Seite und der Banco Nación und der BICE auf der anderen, die für Finanzierung von Exporten dienen und eine produktive Integration unter beiden Ländern fördern. Barral erinnerte daran, dass die BNDES schon über Kreditlinien verfüge, um Lieferungen argentinischer Kapitalgüter nach Brasilien zu finanzieren.

Die Regierung von Venezuela hat mehrere Abkommen mit ausländischen Unternehmen unterzeichnet, damit sie Erdöl im sogenannten „Orinoco-Gürtel“ fördern. Es soll sich um Investitionen bis zu u\$ 80 Mrd. handeln. Zunächst wurden Verträge mit chinesischen und russischen Unternehmen, sowie mit der italienischen ENI unterzeichnet, die eine geschätzte Investition von u\$ 50 Mrd. darstellen. Doch die spanische Repsol und die US-Firma Chevron erhielten auch Minderheitsbeteiligungen an Projekten, die eine Investition von u\$ 15 Mrd. ausmachen. Präsident Chávez muss ausländische Erdölunternehmen einsetzen, da die staatliche PDVSA eine Katastrophe ist, mit stark abnehmender Produktion und ohne technische und finanzielle Möglichkeiten für neue Projekte.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,88 und lag um 0,26% über einer Woche zuvor und um 1,31% über Ende Dezember 2009. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.3.10 bei \$ 3,884, zum 30.6.10 bei \$ 3,976, zum 30.9.10 bei \$ 4,093, zum 30.12.10 bei \$ 4,21, zum 31.3.11 bei \$ 4,32, und zum 31.5.11 bei \$ 4,401. Der Terminkurs per Ende Februar 2011 lag um 11% über Ende Februar 2010. Obwohl allgemein hohe Inflationserwartungen bestehen, kommt dies nicht im Terminkurs für den Dollar zum Ausdruck. Es ist nicht bekannt, wie weit dies auf Terminverkäufe der ZB zurückzuführen ist, die diese durchführt, um die Barreserven auf einem hohen Niveau zu halten.

Der Merval Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Donnerstag eine Zunahme von 2,34%, und seit Ende 2009 eine von 0,59%.

Die Staatsbonds, die bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, wiesen in einer Woche zum Donnerstag eine unterschiedliche Entwicklung auf. Par-Bonds in Pesos fielen um 3,82% (und um 15,59% seit Ende 2009), Discount-Bonds in Pesos sanken um 3,32% (und um 20,40% seit Ende 2009), Boden 2014 stiegen um 0,44% (mit minus 9,20% seit Ende 2009), Boden 2012 stiegen um 1,55% (-4,52% im Jahr), Boden 2013 stiegen um 1,20% (-2,76% im Jahr).

Die Devisenreserven der ZB betragen zum 5.2.10 u\$ 48,05 Mrd., um 0,16% unter einer Woche zuvor und um 0,79% über Ende 2009. Die ZB bemüht sich seit Monaten, die Reserven auf etwa diesem Stand zu halten.

Der Notenumlauf lag zum 5.2.10 bei \$ 96,05 Mrd., um 2,12% über der Vorwoche und um 2,05% unter Ende 2009. Girodepositen lagen mit \$ 79,42 Mrd. um 6,69% unter der Vorwoche und um 5,98% unter Ende 2009, und Spardepositen lagen mit \$ 48,59 Mrd. um 5,66% über der Vorwoche und 1,43% über Ende 2009. Das monetäre Aggregat M2 (Bankkonten plus Giro- und Spardepositen), das die ZB zur Messung der Geldmenge im weiteren Sinn einsetzt, verzeichnet somit sowohl in der Woche, wie im Laufe des Jahres eine Abnahme.

Die gesamten Pesodepositen der Banken lagen zum 5.2.10 bei \$

233,09 Mrd. um 1,36% unter der Vorwoche und um 0,79% über Ende 2009. Fristdepositen nahmen in der Woche um 0,29% zu, und im Laufe dieses Jahres um 7,20%, Dollardepositen betrugen u\$ 11,65 Mrd., um 1,50% unter der Vorwoche und um 2,07% unter Ende 2009.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 11% verzinst (Vorwoche: 9,66%), auf 60 Tage zu 11,26% (10,68%), auf 90 Tage zu 12,29% (11,51%), auf 120 Tage zu 12,48% (13,86%), auf 180 Tage zu 13,31% (13,26%), und auf längere Fristen zu 15% (15,49%).

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat letzte Woche zu \$ 84,43 gehandelt (Vorwoche: \$ 82,18), und bei 24 Karat zu \$ 133,40 (\$ 130,10).

Das staatliche Postunternehmen „Correo Argentino“ hat den Tarif für einen gewöhnlichen Brief um 50% erhöht, von \$ 1 auf \$ 1,50. Dennoch liegt dieser Tarif weit unter dem, den private Postunternehmen fordern. Das Staatsunternehmen bewältigt etwa ein Drittel des Postverkehrs, der als Folge von Internet und Fax stark abgenommen hat.

Die ZB berichtet, dass die lokalen Banken im Jahr 2009 \$ 8,05 Mrd. verdient haben, 70% mehr als im Vorjahr. Die Besserung wurde u.a. von der Hausse der Staatspapiere beeinflusst, die letztes Jahr stattgefunden hat. Zum Teil ist der Gewinn inflationsbedingt.

Verschiedene Konsumentenschutzvereine haben in der ersten Februarhälfte starke Preiszunahmen festgestellt, zunächst bei Rindfleisch und dann auch bei Gemüse u.a. Produkten. Das Institut „Consumidores libres“ hat bei 38 Nahrungsmitteln eine Zunahme von durchschnittlich 8,5% (in 15 Tagen) ermittelt.

Die Aufsichtsbehörde für Arbeitsrisikoversicherung („Superintendencia de Riesgos del Trabajo“) berichtet, dass die Zahl der Arbeitsunfälle und –krankheiten 2009 stark abgenommen hat. 2009 entfielen auf 1000 Arbeitnehmer 57,4 Unfälle und Arbeitskrankheiten, 12% weniger als 2008. In zwei Jahren sind tödliche Arbeitsunfälle um 29,3% gesunken und andere um 15,5%. Die in den letzten Jahren stark

erhöhten Kosten bei Arbeitsunfällen und -krankheiten, die zum Teil von den Unternehmen direkt getragen werden mussten, haben allgemein zu erhöhten Maßnahmen zwecks Verhütung von Unfällen und arbeitsbedingten Krankheiten geführt.

Gemäß der Messung des Statistischen Amtes lag der Rindfleischpreis beim Metzger im Januar durchschnittlich nur um 7% über Dezember. Die effektive Zunahme lag jedoch auf alle Fälle nicht unter 25%, wobei jedoch eine starke Zunahme im Laufe des Monats stattfand, so dass der Vergleich der Durchschnitt der täglichen Zunahmen etwas weniger ergibt. Dabei verbleibt jedoch ein sogenannter „statistischer Überhang“, der in der Differenz der Preise zum Monatsende und dem Monatsdurchschnitt besteht, der sich auf Februar überträgt und eine starke Zunahme in diesem Monat bewirkt.

Der Verband der Kfz-Agenturen CCA (Cámara de Comercio Automotor) gab bekannt, dass im Januar 121.507 gebrauchte Automobile, Lastwagen und Kleinlaster verkauft wurden, 11,1% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und 2,08% mehr als im Dezember 2009.

Der Verband über Budgetstudien ASAP („Asociación Argentina de Presupuesto y Finanzas Públicas“), der vorwiegend aus ehemaligen Beamten der Budgetabteilung des Schatzamtes besteht, hat berechnet, dass das Unternehmen CAMMESA (das den Grossistenmarkt für Strom verwaltet) und das staatliche Energieunternehmen ENARSA im Jahr 2009 Subventionen in Höhe von \$ 11,28 Mrd. erhielten (umgerechnet zum gegenwärtigen Wechselkurs rund u\$ 3 Mrd.). Über CAMMESA wird der Strompreis subventioniert, obwohl das Unternehmen Anfang der 90er Jahre geschaffen wurde, um den Strommarkt zu organisieren und jeweils die billigste Stromquelle einzusetzen, und eventuell saisonale Schwankungen auszugleichen. Über ENARSA werden allerlei Investitionen vorangetrieben, u.a. für Erdölforschung auf dem Meer vor der patagonischen Küste. Genau weiß man nicht, was hier geschieht, wobei auf alle Fälle großzügig mit dem Geld umgegangen wird, wie es der Fall des von ENARSA gemieteten Flugzeuges zeigt, das nach Venezuela flog, wo das Unternehmen nichts zu tun hatte, und mit einem Herrn Antonini Wilson und einem Koffer mit u\$ 800.000 in bar zurückkam.

Die Firma Gas Natural BAN, die einen Teil des Gasverteilungsnetzes der Bundeshauptstadt und Umgebung betreibt, hat einen Kredit von u\$ 3,69 Mio. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) erhalten, der für die Erweiterung des Gasnetzes in ärmeren Gegenden der Umgebung der Stadt Buenos Aires bestimmt ist. 7.000 Haushalte sollen auf diese Weise dem Gasnetz ange-

schlossen werden. Der Kredit wird an Treuhandfonds erteilt, die von der Stiftung „Pro Vivienda social“ verwaltet werden.

Das INDEC hat ermittelt, dass im Jahr 2009 1,9 Mio. Touristen nach Argentinien kamen, 14,1% weniger als im Vorjahr. Sie haben gesamthaft u\$ 2,62 Mrd. ausgegeben, 22,2% weniger als 2008. Auf der anderen Seite reisten 1,5 Mio. Personen ins Ausland, die in Argentinien wohnhaft sind.

Obwohl die lokale Petersen-Gruppe, die der Familie Eskenazi gehört, nur 15% des Kapitals von YPF besitzt (von dem sie den größten Teil noch schuldet, und die Raten mit den Dividenden der gekauften und nicht bezahlten YPF-Aktien zahlt), hat sie die Leitung des Unternehmens übernommen. Sebastián Eskenazi wurde schon mit dem Einstieg der Gruppe zum Geschäftsführer ernannt. Doch jetzt sind die meisten leitenden Beamten, die von Repsol stammten, durch lokale ersetzt worden, die zum Teil aus anderen Unternehmen des Petersen-Konzerns und zum Teil aus anderen lokalen Unternehmen stammen. Dies lässt sich dahingehend deuten, dass die spanische Repsol das Interesse an YPF verloren hat. In diesem Sinn wurden schon Verhandlungen mit chinesischen Unternehmen geführt. Jetzt hat YPF die Ausgabe von Obligationen für \$ 150 Mio. bei der Nationalen Wertpapierkommission und der Börse beantragt, nachdem 2009 schon Obligationen für \$ 100 Mio. ausgegeben worden sind. Das Unternehmen will sich lokal finanzieren, ohne finanziellen Beistand von Repsol.

Letzte Woche ergab der Staatsbonds Boden 2012 zum Marktwert eine Rentabilität von 11% in Dollar, und der Boden 2015 eine von 14,4%. Wirtschaftsminister Boudou will den Fonds, der mit einem Teil der ZB-Reserven gebildet werden soll, für den Rückkauf dieser Staatspapiere einsetzen. Deshalb spricht er vom Vergleich der Rentabilität der ZB-Reserven, die unter 1% jährlich liegt, mit der Rate von 14%, die der Staat bei seiner Verschuldung zahlt. Die Boden 2015 befinden sich zum großen Teil in Händen staatlicher Banken von Venezuela, die sie jetzt nach und nach verkaufen.

Nachdem sich die Reeder Hamburg Süd und Maersk vom Hafen von Mar del Plata zurückgezogen haben (weil die Einfahrt nicht tief genug war, so dass die Schiffe nur zu 50% beladen werden konnten), hat die lokale Maruba den Dienst für Container (grundsätzlich für tiefgekühlten Fisch) zwischen Mar del Plata, Montevideo und Rio Grande (Brasilien) übernommen.

Die finnische Nokia gab der Industrieministerin D. Giorgi bekannt, dass sie beabsichtige, Mobiltelefone in Tierra del Fuego zu montieren, nachdem der direkte Import nach der jüngsten Steuerreform für das Sondergebiet nicht mehr konkurrenzfähig ist. Das Unternehmen will 1,5 Mio. Einheiten pro Jahr erzeugen. Nokia wird somit mit Brightstar und BGH konkurrieren, die Mobiltelefone für Samsung, Motorola u.a. montieren.

Die Consulting-Firma IES (Investigaciones Económicas Sectoriales) hat ermittelt, dass die Aufwendungen für Importe elektrischer Haushaltsgeräte (Waschmaschinen, Eisschränke u.a.) 2009 insgesamt u\$ 549 Mio. betragen und somit um 38,7% unter dem Vorjahr lagen. Dies ist zum Teil auf die Rezession zurückzuführen, aber grundsätzlich auf das System der Importge-

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise allgemein		Landwirt. Produkte		Industrie-Produkte und Strom		Baukosten	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
2009										
Januar	0,50	6,80	-0,10	7,80	1,70	-0,20	-0,30	9,80	0,60	14,40
Februar	0,40	6,80	0,10	7,00	0,50	-2,40	0,00	9,10	0,10	13,60
März	0,60	6,30	1,10	7,10	5,00	1,50	0,40	8,10	0,50	13,60
April	0,30	5,70	0,50	6,50	-2,00	0,20	0,90	7,30	0,40	9,60
Mai	0,30	5,50	0,50	5,70	-2,70	-3,40	0,70	6,80	2,30	9,80
Juni	0,40	5,30	1,10	5,60	2,00	-2,50	1,10	6,40	1,20	11,10
Juli	0,60	5,50	1,20	6,10	2,94	0,73	1,00	6,40	0,80	8,70
August	0,80	5,90	1,00	6,50	1,80	-0,60	1,10	6,90	0,40	8,80
September	0,70	1,20	1,20	6,80	2,30	2,40	0,90	6,60	0,40	7,50
Oktober	0,80	0,90	0,90	7,20	2,40	5,90	0,80	7,10	3,10	10,70
November	0,80	1,00	1,00	8,60	1,80	13,60	1,06	8,10	0,60	11,13
Dezember	0,90	7,70	1,20	10,10	4,54	22,00	1,00	9,50	0,20	11,40
2010										
Januar	1,00	8,20	1,00	11,50	2,30	22,80	0,80	10,70	0,50	10,90

Quelle: INDEC

nehmigungen („nicht automatische Lizenzen“), durch das der Import stark gehemmt wurde. Die Exporte dieser Produkte lagen mit u\$ 76,2 Mio. um 42,1% unter dem Vorjahr.

Die ZB hat letzten Dienstag Wechsel für \$ 560 Mio. ausgeschrieben, Offerten für \$ 2,18 Mrd. erhalten und \$ 2,12 Mrd. zugeteilt. In der Woche verfielen bestehende Wechsel in Höhe von \$ 1,2 Mrd., so dass die ZB den Bestand erhöht hat, obwohl dies die Kreditfähigkeit der Banken beeinträchtigt, die die Präsidentin M. Marcó del Pont besonders interessiert. Lebac auf 98 Tage wurden zu 12,40% verzinst, auf 119 Tage zu 13%, auf 140 Tage zu 13,25%, auf 196 Tage zu 13,48% und auf 273 Tage zu 13,79%. Die Zinsen gingen allgemein gegenüber der Vorwoche leicht zurück.

Das Industriesekretariat (Staatssekretär: Eduardo Bianchi) hat drei Dumpinguntersuchungen eingeleitet: 1. Garne aus Brasilien; 2. Luftkühlanlagen aus Korea, Malaysien, Thailand und Vietnam; 3. Herrenanzüge aus China. Die nationale Außenhandelskommission hat in diesen Fällen zunächst festgestellt, dass diese Importe Schaden bei der lokalen Industrie verursachen. Doch grundsätzlich muss nachgewiesen werden, dass die Preise, zu dem diese Produkte geliefert werden, unter den Preisen im eigenen Land oder bei Exporten an andere Länder liegen. Dumping und niedrige Preise sind zweierlei.

Der Richter von Catamarca, Guillermo Cerdas, hat angeordnet, dass die Arbeiten am Bergwerk Agua Rica (Kupfer, Gold, Silber, Molybden u.a.) für unbestimmte Zeit aufgehoben werden, nachdem sich ein Konflikt mit Gewaltausübung entfacht hatte, der von Umweltgruppen angezettelt wurde. Diese Gruppen widersetzen sich fast allen Bergbauprojekten, obwohl nachgewiesen ist, dass die großen Bergbauunternehmen, um die es hier geht, keine Umweltverschmutzung verursachen. Giftige Stoffe werden nicht in die Flüsse abgelassen, wie es die Umweltgruppen unterstellen, sondern gelagert und behandelt. Agua Rica ist ein Bergbauprojekt von etwa gleicher Größe wie „La Alumbrera“, das seinerzeit eine Investition von u\$ 1,2 Mrd. beansprucht und zu einem hohen Export von Kupferkonzentrat geführt hat, wobei die Provinz Catamarca dank Bergbaugebühren ihre Finanzen sanieren konnte.

Das Unternehmen Bagsa (Buenos Aires Gas) gab bekannt, dass es in den nächsten Monaten eine Anlage für verflüssigtes Gas (GLP) in Villa Ventana, Departement Tornquist, Provinz Buenos Aires, errichten werde, mit einer Investition von \$ 4,5 Mio.

Durch Beschluss 41/10 hat das Amt des Kabinettschefs \$ 144,2 Mio., die für Umweltprogramme von Provinzen und Gemeinden bestimmt waren, auf das Programm „Fußball für alle“ umgeleitet. Der Staat muss jetzt die Kosten der freien Übertragung der wichtigen Fußballspiele über Fernsehen tragen, die bis zum letzten Jahr von den Abonnenten des Kabelfernsehens gezahlt wurden, die eine Gebühr dafür an die Firma zahlten, die das System verwaltete, die zur Clarín-Gruppe gehörte. Im Haushaltsgesetz für 2010 ist vorgesehen, dass der Staat \$ 648 Mio. für diesen Zweck bereit stellen wird. Diese demagogische Verstaatlichung kommt sehr teuer zu stehen und geht schließlich auf Kosten anderer Staatsausgaben, die gewiss wichtiger sind.

Im Januar wurden 336.900 t Rohstahl erzeugt, 18,6% mehr als im gleichen Vorjahresmonat, teilt der Hüttenverband CIS (Centro de Industriales Siderúrgicos) mit. Die Produktion lag jedoch wegen Stilllegung von Werken zwecks Instandhaltung um 14% unter Dezember. Die Eisenproduktion lag mit 363.200 t um 69,8% über dem Vorjahr und um 8,2% über Dezember; die Produktion von warmgewalzten Blechen lag mit 354.200 t um 45,5% über dem Vorjahr und die von kaltgewalzten Blechen mit 132.900 t um 96,9% über dem Vorjahr. Der Verband weist auf steigende Preise von Eisenerz und Kohle hin, wegen einer erhöhten chinesischen Nachfrage, was sich auf die Stahlpreise auswirken wird.

Das Landwirtschaftsministerium hat den Export von einer Million Tonnen Weizen und 10 Mio. Tonnen Mais genehmigt. Landwirtschaftsminister Julián Domínguez wies darauf hin, dass es sich um die Exportsaldi der Ernte 2009/10 handle. Der Preis soll dem Paritätspreis mit dem Weltmarktpreis entsprechen, was in der Praxis jedoch ohne totale Freigabe der Exporte nicht möglich ist. Der Konflikt, der mit den Landwirten besteht, weil der interne Weizenpreis stark unter dem Paritätspreis liegt, wird durch das neue Exportkontingent bestimmt nicht gelöst.

Gehaltserhöhung der Lehrer: 23,4%

Die Regierung hat am Mittwoch mit den fünf nationalen Lehrergewerkschaften (CTERA, UDA, CEA, AMET und der der Privatschulen SADOP) eine Erhöhung der Gehälter um 23,4% vereinbart. Das vor einem Jahr festgesetzte Mindestgehalt von \$ 1490 wird im März auf \$ 1740 und im Juli auf \$ 1840 angehoben. Da jedoch die staatlichen Schulen von den Provinzverwaltungen abhängen, müssen die Provinzregierungen noch zustimmen, wobei die provinziellen Abteilungen der Gewerkschaften noch zusätzliche Forderungen aufstellen können. Die Gefahr von Streiks, die den Schulbeginn verzögern, ist somit nicht gebannt. Es ist unverständlich, dass die Provinzregierungen die Lohnverhandlungen nicht direkt führen und dabei den Nationalstaat draußen lassen.

Die Nationalregierung versicherte jetzt, dass sie den 11 Provinzen, die der Fonds für Gehaltskompensationen (für Lehrer) umfasst, die notwendigen Mittel zuschießen wird. Dies bezieht sich auf die Provinzen Chaco, Corrientes, Entre Ríos, Formosa, Jujuy, La Rioja, Misiones, Salta, San Juan, Santiago del Este-

ro und Tucumán. Die großen Provinzen, Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba, ebenso die Bundeshauptstadt, Mendoza, San Luis, La Pampa, Neuquén, Rio Negro und die patagonischen Provinzen, erhalten diese Subvention nicht. Sie verfügen jedoch über die Mittel für diese Zulage ebenso wenig wie die anderen, die vom Nationalstaat finanziert werden. Die finanzielle Lage der Provinzen, und auch des Nationalstaates, erlaubt auf keinen Fall eine so großzügige Gehaltserhöhung. Eigentlich erlaubt sie gar keine.

Die Gewerkschaften hatten 25% gefordert, und die Regierung hat somit praktisch nachgegeben, obwohl Erziehungsminister Alberto Sileoni vorher erklärt hatte, dass keine Möglichkeit bestehe, um dem Wunsch der Gewerkschaften nachzukommen. Die Gehälter der Lehrer erscheinen auf ersten Blick niedrig. Doch dabei wird nicht berücksichtigt, dass die Lehrer im allgemeinen nur den halben Tag arbeiten (bestenfalls 5 Stunden), dass sie hohe Zusätze für jedes Jahr ihrer Tätigkeit erhalten, dass sie anormal lange Ferien haben und auch wegen Krankheit oder aus anderen Grün-

den bei staatlichen Schulen oft fehlen, wobei bis zu 3 Ersatzlehrer für jeden effektiven Lehrer bestehen. Das ist bei den Privatschulen nicht der Fall, wobei diese dennoch kein Problem mit Krankheiten u.a. Ursachen für Ausbleiben der Lehrer haben (die dabei viel weniger häufig als bei staatlichen Schulen sind), und eine viel bessere Qualität der Erziehung bieten.

Es ist bezeichnend, dass in der Bundeshauptstadt, wie es der kurzlebige Erziehungsminister Abel Posse bekanntgab, etwa 50% der Schüler bei der Primärerziehung auf private Schulen entfällt. Das bedeutet, dass viele Familien mit einem beschränkten Einkommen ein großes Opfer für die Erziehung ihrer Kinder leisten. Es ist positiv, dass die Gesellschaft die Bedeutung der Erziehung so hoch einschätzt; und es ist absolut negativ, dass die Qualität der staatlichen Erziehung so niedrig ist. Das war in früheren Zeiten nicht der Fall. Das ist auf den großen Einfluss der Gewerkschaften zurückzuführen, die sich gegen eine Differenzierung der Gehälter auf Grund von Leistung, Qualität und Erziehungsergebnis-



MAXINTA
CASA DE CAMBIO

CASA CENTRAL
Sarmiento 378 piso 6º, Tel: 5278 4400

UNICENTER
Paraná 3745 local 3025 nivel 3º, Tel: 5278 4450

www.maxinta.com

sen mit Händen und Füßen sträuben, und auch der Bestrafung schlechter Lehrer entgegenwirken. Die Entlassung eines Lehrers ist im staatlichen Bereich ein kompliziertes Verfahren, das in der Regel mehrere Jahre dauert. Der Staat spart beim Übergang der Schüler auf Privatschulen viel Geld. Auch wenn viele private Schulen subventioniert werden (bei den religiösen zahlt der Staat den größten Teil der Lehrergehälter), kostet ein Schüler die Staatskasse unverhältnismäßig weniger als bei einer staatlichen Schule. Der Vorschlag libe-

raler Denker, dass alle Schüler eine feste Subvention erhalten (in Form eines „Voucher“ oder Gutscheins), die sie für die Zahlung der Schulgelder einsetzen können (die bei staatlichen Schulen die vollen Kosten decken, bei Privatschulen einen unterschiedlichen Teil) wäre somit die richtige Lösung für die Erziehung. Das würde dem Staat Geld sparen, weil viel mehr Schüler auf Privatschulen übergehen würden, und gesamthaft die Qualität der Erziehung verbessern, weil dann eine Qualitätskonkurrenz unter Schulen entstehen wür-

de. So etwas ist jedoch für die Gewerkschaften, für linke Ideologen und auch für die Kirchners und ihre Kumpanen eine große Ketzerie.

Die Gehaltszulage für die Lehrer hat einen großen Demonstrationseffekt. Sie wirkt als Richtlinie für die Erhöhungen bei den verschiedenen Branchen und Unternehmen. Die Forderung der Unternehmerverbände, dass die Erhöhungen dieses Jahr auf höchstens 20% begrenzt werden, erscheint somit nicht mehr möglich.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Eine neue Kreditpolitik?

Das Studieninstitut CEFID-Ar (Centro de Economía y Finanzas para el Desarrollo de la Argentina), das eine nicht-konventionelle Einstellung hat, hat ermittelt, dass im Dezember 2004 63% des gesamten Kreditportefeuilles der Banken für Arbeitskapital von Unternehmen bestimmt war, während Kredite an physische Personen (die fast alle Konsumkredite sind) und Finanzierung von Käufen über Kreditkarten insgesamt 19% darstellten, und Hypotheken und Pfandkredite 18%. Per Ende 2009 betrug der Anteil der Unternehmenskredite nur noch 40%, während der der Konsumkredite auf 45% stieg und Hypotheken und Pfandkredite auf 15% zurückgingen. Die Tendenz zu Gunsten der Konsumkredite hat sich im Januar 2010 verstärkt.

Wenn man berücksichtigt, dass der Konsum außerdem noch über Treuhandfonds (bei denen die Banken nur Verwalter sind, aber keine Verantwortung für die Kreditgewährung tragen) und nicht eingetragene Finanzanstalten (die angeblich kein Geld von Dritten aufnehmen, sondern nur eigenes Kapital ausleihen) finanziert werden, dann überwiegen die Konsumkredite noch mehr. Über diese Treuhandfonds und diese Finanzanstalten wird insgesamt ein Betrag an Konsumkrediten ausgeliehen, der mindestens so hoch wie der der Banken ist. Die Finanzgesellschaften, die nicht den Bestimmungen der ZB unterstellt sind, haben gegenüber Banken den Vorteil, dass sie unbürokratisch sind, über Kredite schneller entscheiden und die Risiken besser einschätzen, weil sie sich in diesem Geschäft besser auskennen.

Dieser Zustand ist gewiss ungesund, da sich die Haushalte dabei verschulden und mit hohen Zinsen belastet werden, die normalerweise um die 50% pro Jahr liegen, und gelegentlich sogar 80% und mehr erreichen. In vielen Fällen werden die Verbraucher getäuscht, indem sogenannte „direkte“ Zinsen bekannt gegeben werden, bei denen der Zinssatz auf den gesamten Betrag der Schuld berechnet wird, obwohl der Kredit monatlich abgezahlt wird, so dass der effektive Kreditbetrag nur etwa die Hälfte ausmacht. Dabei beträgt dann der effektive Zinssatz etwa doppelt so viel wie der direkte, was dem Kunden verschwiegen wird.

Seinerzeit hat Domingo Cavallo als Wirtschaftsminister (1991-96) verfügt, dass der effektive Zinssatz auf Saldi bekanntgegeben werden muss. Das geschieht jedoch nur halbwegs, so dass der Konsument es nicht ganz versteht und die Täuschung nicht bemerkt. Es wäre gewiss notwendig, die immer noch gültige Anweisung von Cavallo aufzufrischen, und zu kontrollieren, dass der Kreditnehmer richtig informiert wird.

Bei Kreditkarten liegt der Fall so, dass die Kunden, die sich auf diese Weise verschulden, dann weiter auf Kredit kaufen müssen, weil ihnen nach Zahlung der Rechnung des Vormonats kein Geld übrig bleibt. Die Käufer verlieren dabei an effektiver Kaufkraft, und im Endeffekt sind die Umsätze des Handels dann geringer, als wenn alles bar verkauft würde. Nach der einmaligen negativen Wirkung eines Übergangs auf Barzahlung steigt allerdings die Kaufkraft viel stärker, weil die Zinsen wegfallen. Es ist erstaunlich, dass die Kirchners, die sich stets für ein höheres Realeinkommen des Volkes einsetzen, die negative Wirkung dieser Wucherpraxis passiv geduldet haben. Auch in den USA ist dieses Problem anlässlich der Finanzkrise an die Oberfläche getreten, wobei 2008 bekannt wurde, dass die Haushalte im Durchschnitt eine Verschuldung von über u\$8.000 gegenüber den Kreditkartenunter-

nehmen aufwiesen, was auf den ersten Blick schon als überhöht erscheint.

Es ist begreiflich, dass die Banken zunehmend in dieses Geschäft eingestiegen sind. Sie fordern dabei wesentlich höhere Zinssätze als bei Krediten an Unternehmen, und haben gleichzeitig eine viel grössere Streuung der Kredite, als wenn sie an Unternehmen leihen, was ein niedrigeres Kreditrisiko bedeutet. Die hohe Marge, die die Banken dabei haben, deckt auch das Risiko des Zahlungsausfalles, wobei es sich mehr um Verzug als um eine definitive Unterlassung der Zahlung handelt. Bei den relativ geringen Beträgen, um die es dabei geht, zahlen die meisten Schuldner schließlich doch.

Die neue ZB-Präsidentin Mercedes Marcó del Pont hat stets für einen starken Einsatz der Banken für sogenannte „produktive“ Kredite plädiert, also Kredite für die Finanzierung von Arbeitskapital und Investitionen von Unternehmen. Man kann also annehmen, dass sie sich in diesem Sinn bemühen wird. Es ist jedoch nicht so einfach, den Bankkredit zu orientieren. Dies kann über konkrete Bestimmungen über prozentuale Anteile für die verschiedenen Kreditarten geschehen, oder durch unterschiedliche Pflichtreserven, so dass Konsumkredite auf diese Weise bestraft und Unternehmenskredite belohnt werden. Wie weit dies im Rahmen der bestehenden legalen Rahmenordnung über die ZB und die Banken möglich ist, sei dahingestellt. Auf alle Fälle dürfte es für die Regierung nicht schwierig sein, eine Reform in diesem Sinn durchzusetzen. Auch ein großer Teil der parlamentarischen Opposition würde dafür stimmen. Bei einer Reform ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass dann auch aktive Höchstzinsen eingeführt werden.

Eine politische Kuriosität besteht bei dieser Problematik darin, dass der (linke) Deputierte Carlos Heller, Präsident der erfolgreichen Genossenschaftsbank Credicoop, auch für Bankenreformen im oben erwähnten Sinn eintritt, obwohl seine Bank sich besonders auf Konsumkredite spezialisiert und dabei zu denen gehört, die am Platz die höchsten Zinsen fordern. Will er sein gutes Geschäft kaputt machen? Oder denkt er im Sinne des Gattopardo an eine Reform, die ihm politisch nützt, jedoch schließlich nichts ändert?

Abgesehen von der Umleitung der Kredite geht es auch darum, dass die ZB nicht so hohe Beträge an gut verzinsten Wechseln bei den Banken unterbringt, die deren Kreditmöglichkeiten beeinträchtigen. Ebenfalls wirkt sich die Beanspruchung der Banco Nación durch das Schatzamt, die im Budgetgesetz für 2009 enthalten ist, negativ auf die Möglichkeit der Kreditgewährung aus. Bei gesunden Staatsfinanzen wäre dies nicht notwendig.

Doch grundsätzlich handelt es sich in Argentinien besonders um die Zunahme der Depositen und die Erhöhung der möglichen Kreditmasse. Das argentinische Bankensystem ist stark unterentwickelt, mit einem im internationalen Vergleich anormal geringen Verhältnis von Depositen und Krediten zum Bruttoinlandsprodukt. Die Banken leihen bei dieser Konstellation wenig, sind dabei umständlich und teuer. Es bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Erhöhung der für Kredite verfügbaren Mittel:

- Erweiterung der Möglichkeiten der Banken, Kredite in Dollar zu erteilen. Diese sind gegenwärtig auf Außenhandelsgeschäfte beschränkt, sollten jedoch auch bei Geschäften gewährt werden können, die indirekt mit dem Außenhandel zusammenhängen (wie Vorfinanzierung von

Exporten, Nachfinanzierung von Importen, Produktion von Exportgütern u.a.) und auch für langfristige Kredite, bei denen sich eventuelle starke Abwertungen schließlich der Entwicklung der internen Preise angleichen. Es ist absurd, dass importierte Kapitalgüter in Devisen finanziert werden, während lokal erzeugte keine entsprechende Bankfinanzierung, weder in Pesos noch in Dollar oder Euro erhalten. Bei höherer Nachfrage nach Dollarkrediten würden die Banken auch höhere Zinsen für Dollardepositen zahlen, womit sie eine Alternative für die Dollarflucht schaffen würden. Die Alternative ist nicht Dollar- oder Pesokredite, sondern Dollarkredite oder gar keine Kredite.

● Kleine und auch mittlere Unternehmen haben nur ausnahmsweise Zugang zum Bankkredit. Das hat zwei Ursachen: 1. Sie bewegen sich weitgehend mit Barzahlungen, weil sie bei Haltung von Bankdepositen befürchten müssen, dass diese von der Justiz bei einer Klage des Steueramts oder direkt durch einen Arbeitsrichter gepfändet werden, so dass sie dann nicht über das Geld verfügen. Das ist für diese Unternehmen verheerend. Somit müsste ein gesetzliches Verbot für die Pfändung von Girodepositen (bis zu einem bestimmten Betrag) eingeführt werden, es sei denn, das Unternehmen gerät in Konkurs. Das sollte zu neuen De-

positen bei Banken führen, womit die Unternehmen, die dazu beitragen, für einen Kredit qualifizieren. 2. Diese Unternehmen haben oft falsche Bilanzen, mit Gütern und flüssigen Beträgen, die schwarz sind und nicht aufgeführt werden. Diese Bilanzen schließen die Unternehmen von einem Kredit aus. Somit müsste eine Weißwaschung von Bilanzen verfügt werden, die den Unternehmen erlaubt, sämtliche Vermögenswerte formell aufzunehmen. Dies wurde bei der jüngsten Vermögenslegalisierung versäumt, die eben faktisch nur für schwarzes Vermögen im Ausland gedacht war.

Mit diesen Maßnahmen könnten zusätzliche Depositen geschaffen werden, die den Banken erlauben, ihre Kredite an Unternehmen entsprechend zu erweitern. Der Erfolg dürfte allerdings bescheiden sein, da das Gespenst des Diebstahls von 2002, der an Depositeninhabern verübt worden ist, immer noch, und wohl für längere Zeit, herumgeistert. Man müsste wohl auch per Gesetz zusätzliche Garantien schaffen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Und dann muss man abwarten, bis die Sparer es auch glauben, was solange schwierig ist, wie die Kirchners regieren, die den finanziellen Bereich der Wirtschaft stets verteuern und überhaupt kein Vertrauen genießen.

Zwei große Wasserkraftwerken in Santa Cruz

Die Regierung hat die konkreten Schritte zum Bau der großen Wasserkraftwerke „Condor Cliff“ und „La Barrancosa“, am Fluss Santa Cruz, in der gleichnamigen Provinz, eingeleitet. Der Fluss beginnt am See „Lago Argentino“ (in der Nähe von Calafate wo die Kirchners eine Luxusresidenz und ein Hotel besitzen), endet im Atlantischen Ozean und ist 385 km lang. Die Wasserkraftwerke sollen auf etwa halber Strecke gebaut werden. Das ursprüngliche Projekt stammt aus den 70er Jahren und wurde vom Staatsunternehmen „Agua y Energía Eléctrica“ durchgeführt. Danach wurde das Projekt bei Seite gelassen, weil andere auf alle Fälle besser waren und somit Priorität hatten, bis es unter der Regierung von Néstor Kirchner wieder aufgenommen wurde, da dieser die Interessen seiner Provinz stets bevorzugt hat.

Zunächst hat die Regierung dabei von den interessierten Bau- und Montageunternehmen gefordert, dass sie Projekte vorlegen, die sich auf Bau, Finanzierung und Betreuung beziehen. Es sollte sich somit um eine Konzession handeln. Dabei wurde auch die Möglichkeit erwogen, dass der Staat sich mit bis zu 49% an der Finanzierung beteiligt. Die Privatunternehmen, die für dieses Objekt in Frage kamen, hatten jedoch keine Möglichkeit, die notwendigen finanziellen Mittel aufzutreiben, wobei die Rentabilität ohnehin fragwürdig war.

Abgesehen davon kommt ein Konzessionsvertrag mit dem Kirchner-Staat, der allerlei bestehende Konzessionsverträge missachtet und schwer verletzt hat, sogar mit Konfiskationen (wie im Fall von Aguas Argentinas), von vorneherein nicht in Frage, obwohl es sich gewiss um die beste Durchführungsart handelt, da der Konzessionär ein direktes Interesse hat, das Projekt so gut, so billig und so schnell wie möglich durchzuführen. Die Kirchners haben mit ihrer aggressiven Haltung gegenüber Betreibern von öffentlichen Diensten dem Land einen dauerhaften schweren Schaden verursacht.

Somit wurde schließlich im Jahr 2009 bestimmt, dass der Staat das ganze Projekt übernimmt, wobei die privaten Unternehmen, die das Werk errichten sollen, aufgefordert werden, 30% der Finanzierung beizutragen, was für diese jedoch gegenwärtig kaum möglich

ist. Gleichzeitig wurde das staatliche Unternehmen CAMMESA, das den Grossistenmarkt für Strom betreibt, ermächtigt, einen Vertrag für die Übernahme der gesamten erzeugten elektrischen Energie zu unterzeichnen, bei dem der Tarif gemäß operativen Kosten plus einem Amortisationsbetrag für die Finanzierung berechnet wird. Das ergibt auf alle Fälle viel mehr als der bestehende Tarif, den die Kraftwerke erhalten. Es besteht die Absicht, die Zuteilung der Ausschreibung im Mai durchzuführen.

Die Grunddaten des Projektes sind folgende:

● Der Voranschlag sieht eine Staatsinvestition von \$ 15,41 Mrd. (plus MwSt.) vor, was etwa u\$ 4 Mrd. entspricht. Der Betrag ist von etwa gleicher Größenordnung wie der des Projektes des Hochgeschwindigkeitszuges.

● Das Objekt besteht aus zwei Kraftwerken von insgesamt 1.740 MW, mit einer durchschnittlichen Leistung von etwa 5000 GWSt. pro Jahr. Dies ergibt somit u\$ 2,3 Mio. pro MW, was im Vergleich zu anderen Wasserkraftwerken anormal hoch ist. Der ehemalige Gouverneur von Santa Cruz, Sergio Acevedo, erklärte, dass ursprünglich mit u\$ 1 Mio. pro MW gerechnet worden war, womit die Gesamtkosten unter die Hälfte sinken. Die Preisdifferenz verdient auf alle Fälle eine offizielle Erklärung.

● Ein Kraftwerk liegt bei „Condor Cliff“, bei Km 250 des Flusses Santa Cruz, und das andere bei „Barrancosa“, bei Km.185 des Flusses, in beiden Fällen gemessen ab Atlantikküste. In beiden Fällen sollen Staudämme gebaut und die entsprechenden Stauseen errichtet werden.

● Die Bauzeit wird auf sechs Jahre veranschlagt, und dabei sollen um die 5000 Arbeiter beschäftigt werden.

Obwohl es sich um eine bedeutende Staatsinvestition handelt, wurde keine Studie über Kosten des Projektes (in Einzelheiten), Wirtschaftlichkeit und Rentabilität bekanntgegeben. Das Kraftwerk ist weit entfernt von den großen Konsumzentren des Landes, so dass beim Transport des Stromes bis zu 30% verloren geht. Abgesehen davon wurde nicht bekanntgegeben, ob das bestehende Verbundnetz

einen so hohen Stromtransport bewältigen kann. Wenn das Netz ausgebaut werden muss, mit einer neuen Stromfernleitung, dann müsste dies zum Investitionsbetrag hinzugezählt werden.

Hinzu kommt dann noch der Umstand, dass Wohnungen für die etwa 5000 Arbeiter (mit ihren Familien) errichtet werden müssen, wobei hier noch eine Schule, ein Hospital und andere Dinge gebaut werden müssen. Denn es handelt sich um ein neues Dorf, mitten in der Wüste von Santa Cruz, in der im Winter die Temperaturen auf über 20 Grad unter Null fallen.

Bei einem so hohen Investitionsbetrag, und zu einer Zeit, da der Staat große Finanzierungsschwierigkeiten hat, sollte zumindest eine eingehende Projektstudie durch unabhängige Consulting-Firmen durchgeführt werden. Man sollte zumindest wissen, wie hoch die gesamte Investition ist, wie viel sie schließlich pro KW beträgt, und wie hoch der Tarif sein muss, um Kosten plus Amortisation der Finanzierung zu decken.

Es handelt sich auf alle Fälle um ein Projekt, das sich für eine Finanzierung durch die Weltbank eignet. Argentinien hat die Möglichkeit, diese Bank viel stärker zu beanspruchen, und sollte sie in diesem konkreten Fall ausnutzen. Wenn die Bank die Finanzierung sicherstellt, dann wissen die Baunternehmen, dass das Geld nach Vollendung der einzelnen Etappen sofort ausgezahlt wird. Das erlaubt eine gute Planung, die die Bauzeit verringert und die Kosten senkt. Der Staat ist hingegen unfähig, die Zahlung zu sichern, was den Ablauf der Bau- und Montagearbeiten stört und verteuert. Es ist allgemein bekannt, dass der Staat gegenwärtig nicht über die Mittel für diese hohe Investition verfügt, und auch keine Möglichkeit hat, sich das Geld irgendwie zu beschaffen. Die finanziellen Ressourcen reichen ohnehin nicht einmal aus, um schon eingeleitete Staatsinvestitionen bei normalem Baurhythmus zu finanzieren.

Die Weltbank verfügt auch über eine Liste eingetragener Consulting-Unternehmen, von denen eines verpflichtet werden kann. Eine gute Studie ist sehr wichtig; einmal bestimmt sie, ob das Projekt überhaupt sinnvoll ist, und

wenn ja, können die Kosten dank der Studie bestimmt stark verringert werden. Die von der Staatsbürokratie ausgearbeiteten Projekte sind meistens schlecht und zu teuer, da die guten Fachleute nicht beim Staat bleiben, und den Beamten in der Regel das Wirtschaftlichkeitsdenken und die notwendige Erfahrung fehlen. Eine gute Projektstudie, mit einem Finanzierungsschema, würde auf alle Fälle mehrere hundert Millionen Dollar sparen, eventuell sogar über eine Milliarde Dollar.

Ebenfalls ergibt eine gute Studie, ob dieses Projekt gegenwärtig Priorität hat. Denn es besteht ebenfalls die Absicht, ein großes Wasserkraftwerk in Garabí, am Uruguay-Fluss, zwischen der Provinz Misiones und Brasilien zu bauen, an dem die brasilianische Regierung großes Interesse gezeigt hat. Es ist auf alle Fälle vernünftiger, ein Wasserkraftwerk nach dem anderen zu bauen als mehrere gleichzeitig. Brasilien ist im Gegensatz zu Paraguay ein guter Partner bei Wasserkraftwerken, und erleichtert den Zugang zu internationaler Finanzierung.

Bei Projekten über große Wasserkraftwerke sollte man stets den Fall Yacyretá vor Augen haben: ein Objekt, das Ende der 70er Jahr eingeleitet wurde und spätestens 1987 voll in Betrieb hätte sein sollen, wurde erst 1997 mit beschränkter Kapazitätsauslastung in Betrieb genommen, und soll erst nächstes Jahr ganz fertig sein. Die Gesamtkosten hätten bei u\$ 4 Mrd. liegen sollen, und werden schließlich etwa das Dreifache betragen. Die überhöhten

Kosten sind nur zum geringsten Teil auf Korruption zurückzuführen; der größte Teil sind Zinsen für die während der Bauzeit investierten Beträge, plus fixe Kosten der Bauunternehmen u.a. Lieferanten, die bei einer Verlängerung der Bauzeit stark ins Gewicht fallen, sowie ein periodisch stockender und unregelmäßiger Bau, der keinen rationellen Bauplan erlaubte, der zu viel niedrigeren Kosten geführt hätte. Offensichtlich haben die für die neuen Kraftwerke zuständigen Beamten nichts aus diesem Fall gelernt.

Die Zeitung „Clarín“ weist darauf hin, dass die Unternehmen, die am Bau dieser Projekte interessiert sind, und eine führende Rolle bei den Konzernen übernehmen, enge Beziehungen zu NK haben. Es handelt sich einmal um Corporación América (von Eduardo Eurnekian, Betreiber der Flughäfen) mit IMPSA (Pescarmona) und der brasilianischen Camargo Correa, und dann um Electroingeniería, IEC-SA und Cartellone. Die Präsidentin CK kontierte, dass es sich um Unternehmen handelt, die schon lange vor der Kirchner-Regierungen bestanden. In gewissem Sinn haben beide Recht. Ebenfalls weist die Zeitung darauf hin, dass angeblich Lázaro Baez, der NK besonders nahe steht, große Ländereien in der Gegend gekauft hat: 187.000 Ha. für etwa u\$ 27 Mio., was u\$ 144 pro Ha ergibt. Dieser Wert ist stark überhöht. Nachdem in Santa Cruz die Schafzucht wegen der niedrigen Wollpreise unrentabel geworden ist, haben sehr viele landwirtschaftliche Betriebe einfach aufgegeben, da

sich das Land für nichts anderes als Schafzucht eignet. Land wird gelegentlich zu u\$ 10 bis u\$ 20 pro Hektar gehandelt. Der Wert, zu dem Baez seinen Kauf angegeben hat, dürfte dazu bestimmt sein, bei der Enteignung als Grundlage genommen zu werden. Denn es muss einmal Land enteignet werden, das durch die Stauseen überschwemmt wird, und dann auch für den Bau von Wohnungen u.a. Gebäuden. Da das Land dort flach ist, würden die Stauseen eine große Fläche beanspruchen. Über dies besteht schon eine Anzeige von Oppositionspolitikern.

Wie weit die Vermutung stimmt, dass hier nebenbei krumme Geschäfte gemacht werden, sei dahingestellt. Bei dem überhöhten Preis, der prima facie besteht und nicht erklärt wurde, kann der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden. Man sollte dabei jedoch nicht den gedanklichen Fehler begehen, zu meinen, wenn diese Geschäfte vermieden werden, dass dann alles in Ordnung sei. Das Projekt ist grundsätzlich fragwürdig und stellt prima facie einen neuen Fall einer gigantischen Vergeudung öffentlicher Gelder dar. Und wenn das Projekt als solches Fehler aufweist und die Durchführung schlampig vollzogen wird, dann entstehen zusätzliche Kosten, die das Vielfache (zehn bis hundert Mal so viel) eventueller Korruptionskosten betragen. Die veranschlagten u\$ 4 Mrd. können sich leicht verdoppeln und auch verdreifachen. Dies kann faktisch nur vermieden werden, wenn die Weltbank mitwirkt, mit Rat, Finanzierung und Kontrolle.